

33/I/2017

Beschluss

Ablehnung

Qualifizierung von Flüchtlingen / Asylsuchenden / Migranten

Die SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Parteivorstand werden gebeten, sich für die Umsetzung des Vorschlages stark zu machen:

1. Flüchtlinge / Asylsuchende / Migranten sollen durch handlungsorientiertes Lernen zur allgemeinen und beruflichen Bildung die Möglichkeiten erhalten, entsprechend ihren Fähigkeiten und Neigungen eine Qualifizierung / Anlernausbildung für berufliche Tätigkeiten zu bekommen.
2. Durch diese berufspraktische Qualifizierung in Verbindung mit fachspezifischer Theorie und entsprechenden Deutschkenntnissen sollen interessierte ausländische Bürgerinnen und Bürger Fähigkeiten erwerben können, die in der jeweiligen Heimat attraktiv und in einer Wiederaufbauphase von Wert sein oder auch für eine Berufsausbildung in Deutschland eine Basis schaffen könnten.
3. Kommunen sollen finanziell dahingehend ausgestattet werden, dass sie vor Ort geeignete Programme auflegen können.
4. Ein solches Programm, das wir als Teil einer Entwicklungs- und Bildungspolitik verstehen, muss durch Initiativen und gemeinsam mit geeigneten Institutionen (wie z. B. ZAL GmbH Ludwigsfelde-Luckenwalde) geplant und durchgeführt und durch fremd- bzw. mehrsprachige Ausbilderinnen und Ausbilder betreut werden. Hier kommen in erster Linie Ruheständler in Betracht, denen ein Mindestlohn / eine Aufwandsentschädigung bezahlt werden müsste und die als Netzwerker fungieren können. Konzeption und Durchführung von Maßnahmen zur berufspraktischen Qualifizierung von Bürgerinnen und Bürgern anderer Staaten – in jeweiliger Heimatsprache und in Deutsch (zweisprachig) durchgeführt – hat in den neuen Ländern eine lange Tradition.